

Auswertung Workshop 3: „Welche Dezentralität braucht die Energiewende? Perspektiven regionaler Governance zwischen lokaler Wertschöpfungsinteressen und Systemintegration“

Die Kernfrage des Workshops lag auf der Frage, welche Qualität der Dezentralisierung brauchen wir, um die Energiewende als Ganzes voranzubringen. Entsprechend der Kernthese des Dezentralisierungsszenarios kann die Systemintegration, d.h. der Ausgleich fluktuierender erneuerbarer Energien, zu einem großen Anteil durch eine Flexibilisierung von Erzeugung und Nachfrage in kleineren und damit leichter zu steuernden räumlichen Einheiten erfolgen. Faktisch haben sich in den letzten Jahren eine Vielzahl an Kommunen und Regionen zum Ziel gesetzt, rein rechnerisch so viel Energie erneuerbar zu erzeugen, wie sie übers Jahr vor Ort verbrauchen. Der Wunsch nach regionaler Entwicklung durch Wertschöpfung ist dabei einer der Treiber dieser Energiewende von unten. Diese rein bilanzielle Perspektive stellte zunächst die Ansiedlung erneuerbarer Erzeugungsanlagen in den Mittelpunkt kommunaler und regionaler Aktivitäten zur Energiewende. Allerdings wird diese Fokussierung allein in Zukunft nicht mehr genügen. Stattdessen muss das 100-Prozent-Erzeugungsziel verstärkt mit Maßnahmen zum Aufbau dezentraler Versorgungsstrukturen, in denen Erzeugung und Verbrauch weitgehend vor Ort synchronisiert und Energieströme regional koordiniert werden, verbunden werden. Dies bedarf in der Regel aber neuer Formen der regionalen Koordination, die einen Raumbezug haben, der nicht deckungsgleich ist mit dem institutionalisierten politisch-administrativen Grenzen von Räumen im hierarchisch gegliederten Mehrebenensystem Deutschlands und Europas. Zusätzlich sind entsprechende politische und ökonomische Rahmenseetzungen notwendig, die regionale Initiativen weiterhin ermutigen, ihnen aber auch grundlegende Orientierung geben. Daher waren auch die räumlichen und akteursbezogenen Auswirkungen der in der jüngsten Novellierung des EEG anvisierten fundamentalen instrumentellen Veränderung bei der Förderung von Erneuerbaren Gegenstand der Diskussion.

Michael Müller, vom Institut für angewandte Stoffstrommanagement (IFAS) der Hochschule Trier ging in seinem [Vortrag](#) der Frage nach dem Stand der interkommunalen Kooperation für den Aufbau regionaler Versorgungsstrukturen nach. So zeigten die ersten Forschungsergebnisse Instituts u.a. eine recht unterschiedliche regionale Verteilung von interkommunalen Kooperationsprojekten zur dezentralen Energiewende. Bisher ließen sich interkommunale Kooperation eher im Westen und Süden Deutschlands finden, während im Norden und Osten Deutschland kaum eine empirische Evidenz zeigt. Hinsichtlich der Ursachen dieser möglicherweise vorhandenen regionalen Schiefelage wurde in der Diskussion die Annahme diskutiert, dass diese Formen kommunalen und bürgerschaftlichen Engagements zum Aufbau dezentraler Versorgungsstrukturen nicht zuletzt auch durch die Vor-Ort-Verankerung der Investoren in Erneuerbare begründet sein kann. Diese ist weder in Brandenburg noch in Mecklenburg-Vorpommern, den zwei EE-exportorientierten Bundesländern, besonders ausgeprägt.

Müller stelle eine Reihe verschiedener Kooperationsmodelle zwischen Kommunen, Landkreisen, ihren Bürgern und ansässigen Stadtwerken vor. Er stellte heraus, dass durch diese Kooperationen wichtige strukturelle und organisatorische Grundlagen geschaffen werden, um den Herausforderungen einer Regionalisierung von Versorgungsstrukturen zu begegnen. Zu diesen Grundlagen gehören vor allem die Einbindung der Stakeholder in die Planungen zum EE-Ausbau sowie der Bereich der strategischen Planung und die Stadt-Umland-Kooperation. Vergleichsweise am Anfang stünde man allerdings noch bei der Behandlung von Fragen zur Synchronisierung von Erzeugung und Verbrauch in der Region, wie z.B. einer aktiven Nachfragesteuerung oder der Anwendung von Speichertechnologien. Dazu fehlten bislang aber, so das Fazit der Diskussion, nicht nur eine Definition entsprechender Anforderungen an die Akteure auf dezentraler Ebene, sondern auch die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Frau **Katharina Heinbach** vom IÖW, thematisierte in ihrem [Beitrag](#) vor allen Dingen die Wertschöpfungseffekte von Regionalisierungsprozessen: Sie betonte, dass für die Ermittlung der kommunalen Wertschöpfung nicht lediglich die Anzahl installierter EE-Anlagen herangezogen werden kann. Stattdessen sei die zentrale Frage zu klären, welche Unternehmen und Investoren in welchem Umfang an den verschiedenen EE-Wertschöpfungsschritten beteiligt sind. So stellte sie auch heraus, dass die kommunale Wertschöpfung im Falle von Projekten, die durch externe Investoren realisiert werden, für die Kommune geringer ausfällt als bei Projekten, bei denen die Investoren vor Ort verankert sind, wie etwa bei Bürgerenergieprojekten. Sie verwies allerdings auch auf die Risiken der in der jüngsten EEG-Novelle getroffenen instrumentellen Veränderungen, welche die Potenziale kommunaler Wertschöpfung erheblich minimieren können. Nicht nur gefährde das Ausschreibungsmodell die Akteursvielfalt auf Investorensseite. Auch werden durch die Abschaffung des Grünstromprivilegs viele dezentrale, verbrauchsnahe Geschäftsmodelle unwirtschaftlich.

Auf die Implikationen von Ausschreibung für Dezentralisierungsprozesse ging **Dr. Rene Mono**, Geschäftsführer der 100 Prozent erneuerbar Stiftung in seinem [Vortrag](#) im Detail ein. Zunächst stellte Mono fest, dass sich die Befürworter einer bürgernahen Dezentralisierung des Energieversorgungssystems stets gegenüber jenen positionieren müssen, die in einem zentralen Markt den einzigen Koordinationsmechanismus sehen, der eine kosteneffiziente Transformation des Energiesystems hervorbringen könne. Er hob stattdessen hervor, dass es auf der dezentralen Ebene höhere Potenziale gäbe, Flexibilisierungsoptionen auszunutzen. Auch würden durch eine dezentrale Organisation der Systemarchitektur Risiken in Bezug auf die Versorgungssicherheit eher handelbar. Mithilfe von Ausschreibungen zur Ermittlung der Förderhöhe aber, erklärt sich der Staat zum einzigen Nachfrager nach EE-Kapazität und lediglich die Stromgestehungskosten entschieden darüber, wo EE-Kapazitäten in welchem Umfang errichtet werden. Ausschreibungen gefährden aber, so Mono, nicht nur die Akteursvielfalt auf Investorensseite, sondern auch die Akzeptanz. Aufgabe wäre es demnach ein systemintelligentes Ausschreibungsdesign zu entwickeln, dass nicht lediglich die Stromgestehungskosten berücksichtige, sondern auch die Effekte des räumlichen Ausgleichs,

die Netzverfügbarkeit, Naturschutzbelange, Lastdeckung sowie die gesellschaftspolitischen Wirkungen.

Eva Hauser, vom Institut für Zukunftsenergiesysteme (IZES) in Saarbrücken mahnte in ihrem [Vortrag](#) an, bestimmte mit der Dezentralisierung verbundene Annahmen nicht als feststehende Glaubenssätze zu betrachten, sondern sie regelmäßig einer kritischen Revision zu unterziehen. „Ist ‚Regional‘ das neue ‚Bio‘?“, fragte sie bewusst provokant. Sie wies auf die Besonderheiten des Gutes *Strom* hin, um damit auch Voraussetzungen systemdienlicher Dezentralisierungsprozesse zu charakterisieren. Frau Hauser hob zwar hervor, dass eine sehr stark zentralisierte Struktur mit einer räumlichen Konzentration von EE-Kapazitäten weder ökologisch noch logistisch oder aus Gründen der Versorgungssicherheit wünschenswert wäre. Dennoch müssten sich aber auch dezentrale Ansätze vor dem Hintergrund ihrer Beiträge zur Versorgungsgewährleistung durch Systemdienstleistungen sowie zur langfristigen Versorgungssicherheit mit Strom beweisen.

In der abschließenden Diskussion kristallisierte sich zunächst die Frage nach der Definition von adäquaten räumlichen Einheiten für eine dezentrale Organisation von Versorgungsstrukturen heraus. Dies müsse vor dem Hintergrund des notwendigen Beitrages zur Systemintegration der EE geschehen, wobei es bezüglich der Wahrnehmung dieser Notwendigkeit noch Nachholbedarf auf dezentraler Ebene gäbe. Zugleich wurde aber auch der Mangel an grundlegenden Leitideen oder -konzepten für die zukünftige Systemarchitektur einer auf EE-basierenden Energiewirtschaft festgestellt. Diesem Defizit an Leitkonzepten ließe sich allerdings nur durch breite gesellschaftliche Diskurse über die Interessen und Ziele begegnen, die die verschiedenen Akteure mit der Energiewende verbinden. Die kurzfristige Kosteneffizienz der Bereitstellung von EE-Energie in den Mittelpunkt der Instrumentierung der Energiewende zu setzen, sei - so der Tenor der Diskussion - angesichts der komplexeren Motivlagen jener, die bislang die Energiewende von unten vorangetrieben haben, möglicherweise unzureichend. Über diese Frage könne in Demokratien allerdings nur diskursiv entschieden werden. Diesen Diskurs zu organisieren und voranzutreiben wurde somit als eine zentrale Forderung des Workshops an die Wissenschaft herangetragen!